Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit

NATIONALE STADT ENTWICKLUNGS POLITIK

Bundesarbeitsgemeinschaft
Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.

Berliner Memorandum

„Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken!“

Das Berliner Memorandum ist ein Ergebnis des Modellprojektes „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“, das die BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in den Jahren 2008 und 2009 durchgeführt hat.

Mit dem Memorandum sollen Brücken gebildet werden zwischen den Diskursen zur Stadtentwicklungspolitik und zur Gemeinwesenarbeit vor Ort. Die weitere Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement im breiteren Verständnis eines zivilen Zusammenwirkens stellt ein entscheidendes Element dar. Zentrale Nachhaltigkeitsgarantien sind dabei zu berücksichtigen: stabile lokale Entwicklungspartnerschaften, eine kontinuierliche Ressourcenbündelung, ein verlässliches „kooperatives Quartiermanagement“.

Das geplante andere Zusammenwirken fordert alle Akteure in allen Sektoren und Handlungsfeldern sowie auf allen Ebenen: Verwaltung und Politik, die Bürger und Bürgerinnen selbst, die Wirtschaft; auf der lokalen Stadtteilebene, in der Stadt und in der Region, auf Landesebene, auf Bundesebene und auch europäisch. Dafür werden Vorbilder und gute Beispiele gebraucht, von denen es etwas zu lernen gibt. Ohne die nicht nur operative, sondern auch strategische Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure (auf Steuerungs- und Umsetzungsebene) wird es keine nachhaltige Wirkung in der Sozialen Stadtentwicklung geben können. Die Nutzung und weitere Aktivierung bereits bestehender Bewohnerinitiativen wird es notwendig machen, die erfolgreichen Ansätze zu verstetigen und strukturell abzusichern, denn sie soll einen Beitrag zur Stärkung des Zusammenhaltes im Gemeinwesen leisten.

Es kommt der BAG als Ergebnis des Projektes „Aktivierung der Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“ vor allem auf folgende Forderungen an:

1. Lebensverhältnisse verbessern

Oberstes Ziel der sozialen Stadtentwicklung ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Bewältigung von Alltagsproblemen der Menschen in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. Das betrifft vor allem die Handlungsfelder Wohnen, Bildung, Beschäftigung und Inklusion. An diesem Ziel müssen sich alle Maßnahmen messen lassen.

2. Integrierte Handlungskonzepte und lokale Aktionspläne ausbauen

Die oben genannten Ziele sind nur zu erreichen, indem alle Beteiligten an einem Strang ziehen und über Programmzeiträume hinaus denken. Das gelingt durch abgestimmte integrierte Handlungskonzepte und lokale

Aktionspläne, die auch den gesamtstädtischen Kontext berücksichtigen. Sie sind Voraussetzung für eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung. Investive und nicht investive Maßnahmen sind dabei verstärkt zu verknüpfen.

3. Zivilgesellschaftliche Netzwerke aufbauen und Engagement aktivieren

Zur Inklusion von Stadtteilen bzw. Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf –dies sind nicht nur die Soziale Stadt-Programmgebiete – in die Stadt- bzw. in die regionale Gesellschaft ist die Existenz und Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Netzwerke vor Ort notwendige Bedingung. Zivilgesellschaftliches Engagement zur Entwicklung von benachteiligten Stadtteilen braucht die besondere Aufmerksamkeit von Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie starke Partner: Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Träger der Wohlfahrtspflege, Verbände und Stiftungen. Damit kann die Anschlussfähigkeit an soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungen gewahrt werden. Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement kann staatliches Handeln aber nicht ersetzen. Ziel sind stabile, dauerhafte, verlässliche und belastbare Entwicklungspartnerschaften.

4. Plattformen und Politikzugänge für bürgerschaftliche Interessenartikulation und -durchsetzung aufbauen

Es bedarf beim Aufbau von Arbeitsstrukturen zur Identifizierung und Aktivierung von bürgerschaftlicher Initiative im Gemeinwesen gezielter Unterstützung, z.B. im Rahmen von Gemeinwesenarbeit und Community-Organizing. Gruppen- und anlassbezogene Einzelinteressen können so gebündelt und als gemeinsame Belange dargestellt werden. Bewohner- und Bürgerinitiativen können sich als Lobby Politikzugänge verschaffen. Demokratisch legitimierte Quartiersbeiräte sind mögliche Formen, um über Belange des Quartiers abzustimmen. Sie sind mit einem Verfügungsfonds bzw. Bürgerbudget auszustatten. Für besonders benachteiligte und bildungsferne Gruppen im Gemeinwesen müssen spezifische Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden.

5. Quartiermanagement mit der Kompetenz der Gemeinwesenarbeit dauerhaft sichern

Ohne ein dauerhaftes und verlässliches Quartiermanagement und die spezifische Einbindung der Gemeinwesenarbeit sind die Erfolge der sozialen Stadtentwicklung in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf nicht zu sichern. Gemeinwesenarbeit bringt ihre besondere Kompetenz im Umgang mit benachteiligten Gruppen und in der Netzwerkarbeit ein. Sie fördert Vertrauen, Anerkennung und Wertschätzung gegenüber solchen Menschen im Gemeinwesen, denen häufig nichts zugetraut wird und die sich selbst wenig zutrauen. Sie fördert den Aufbau von Selbstbewusstsein und erschließt die Ressourcen der Benachteiligten, denn alle können etwas! Sie fördert die interkulturelle Öffnung im Quartier. Die Arbeit in benachteiligten Stadtteilen kann nicht ausschließlich auf befristeter Projektarbeit aufbauen. Sie braucht zur Verstetigung auch verlässliche institutionalisierte Strukturen.

6. Freie Wohlfahrtspflege als Träger der Gemeinwesenarbeit profilieren

Die Träger der freien Wohlfahrtspflege, die bisher häufig aus fachlicher Sicht agieren, sind wichtige Akteure vor Ort. Sie können jedoch noch stärker

entsprechend dem Sozialraumprinzip agieren – etwa bereichsübergreifende und integrierte Dienste anbieten – und sich zu kontinuierlichen Trägern der Gemeinwesenarbeit entwickeln. Mit ihren bereits vorhandenen Strukturen und Einrichtungen können sie im Verstetigungsprozess eine wichtige Rolle spielen. Beim Knüpfen von brückenbildendem Kapital (*bridging capital*) können sie als zivilgesellschaftliche Akteure eine zentrale Funktion übernehmen. Als Ergänzung von mancherorts eingeführten Sozialraumbudgets können sie zusätzliche Ressourcen erschließen (Sponsoren, Stiftungen, Spenden etc.).

7. Lokale Ökonomie entwickeln und stärken

Der Ausbau der lokalen Ökonomie ist beschäftigungspolitisch sowie für eine Stabilisierung und Integration benachteiligter Stadtteile wichtig. Die Kooperation wirtschaftlich orientierter Entwicklungspartnerschaften und sozial orientierter Netzwerke der Quartiersentwicklung ist auszubauen. Kommunale Wirtschaftsförderung und Sozialressorts müssen insbesondere in benachteiligten Sozialräumen verstärkt kooperieren. Maßnahmen und Programme in den Bereichen Wohnen und Wohnumfeld, Beschäftigung und Wirtschaft, Integration von Zuwanderern sind ressortübergreifend zu verzahnen und auf Quartiersebene zu integrieren. Arbeitsmarktförderung und Eingliederungsprogramme sind zukünftig sozialraum- und gemeinwesenbezogen zu organisieren, um den volkswirtschaftlichen Nutzen nicht nur individuell, sondern auch strukturell zu gestalten.

8. Zentren und Räume für eine engagierte Zivilgesellschaft schaffen

Zivilgesellschaft wird als Bestandteil und Ressource der Stadtentwicklung an Bedeutung zunehmen. Zivilgesellschaftliches Engagement braucht zu seiner Entfaltung Anlässe und Gelegenheiten sowie Räume und lokale Zentren. Beispiele dafür sind Stadtteilbüros als niedrigschwellige Anlaufstellen und Treffpunkte vor Ort, die Entwicklung von Kindertagesstätten als Familienzentrum oder Stadtteilschulen, sowie von Bürger- und Nachbarschaftshäusern.

9. Öffentlichkeit für zivilgesellschaftliches Engagement herstellen

Die Bereitschaft zum vielfältigen Engagement erhält noch zu wenig Aufmerksamkeit nach innen und außen. Öffentliche Debatte und Dialog dienen der Stärkung von demokratischer Öffentlichkeit und sind Voraussetzung für eine faire und zivile Auseinandersetzung auf Augenhöhe. Vielfältige Formen von Öffentlichkeit für den Stadtteil bzw. das Quartier und darüber hinaus – wie z.B. Stadtteilzeitungen, Informationsveranstaltungen, Feste – sind nachhaltig zu fördern und zu unterstützen.

10. Überregionale Vernetzung unterstützen

Nicht nur auf der lokalen Ebene sind zivilgesellschaftliche Netzwerke und nachhaltige Strukturen aufzubauen. Überregionale Netzwerke wie Landesarbeitsgemeinschaften sowie die Bundesstruktur der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit sind wichtige Organisationsstrukturen zum Erfahrungsaustausch und zur Qualifizierung und Weiterentwicklung der Ansätze der Sozialen Stadt und der Gemeinwesenarbeit. Diese sind zu fördern und dauerhaft zu sichern.

Die Phase der Sonderförderung der Sozialen Stadt ist als Chance für gezielte Aufmerksamkeit, Förderung und Unterstützung zu sehen. Der Politikansatz muss jedoch weiter ausgebaut und verstetigt werden. Dafür setzt sich die BAG ein!

„Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“
Modellprojekt der Bundesinitiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Durchgeführt von der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.

Zusammen mit:
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.
Stiftung Mitarbeit

Berlin/Hannover, November 2009

Redaktion: Dr. Petra Potz, BAG-Transferstelle, potz@location3.de, Berlin (*Koordination*) unter Mitarbeit von **Lutz Meltzer**, Chefredakteur der Zeitschrift *RaumPlanung,* Dortmund. **Heike Binne,** BAG-Vorstand, Soziale Stadt- und WiN-Standorte Bremen, Quartiermanagerin Bremen-Lüssum; **Frederick Groeger-Roth,** BAG Vorstand, LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., Hannover; **Tobias Habermann,** BAG-Vorstand, Vorstand LAG Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit Sachsen e.V., Quartiersmanagement Leipziger Westen, Leipzig; **Jürgen Maier,** BAG-Vorstand, Vertreter der Kerngruppe des Landesnetzwerks Soziale Stadtentwicklung und GWA Rheinland-Pfalz, Quartiermanager Wormser Süden, Diakonisches Werk Worms-Alzey; **Karin Schmalriede,** BAG-Vorstand, Vorstand der Johann Daniel Lawaetz-Sitzung, Hamburg; **Reinhard Thies,** BAG-Vorsitzender, Servicestelle Soziale Stadt beim Diakonischen Werk der EKD e.V., Berlin. Unter Einbeziehung von: **Veronika Kabis,** Zuwanderungs- und Integrationsbüro der Landeshauptstadt Saarbrücken

BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.
Stiftstr. 15, 30159 Hannover, Tel: 0511 7000526, Fax: 0511 1612503, Mail: mail@bagsoz-stadt.de
Web:www.bagsozialestadtentwicklung.de